

16. Landtag von Baden-Württemberg, 125. Sitzung

Mittwoch, 22. Juli 2020, 10:00 Uhr

Rede

Stellvertretender Fraktionsvorsitzende

Nicole Razavi MdL

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU – Gesetz über den Erlass infektionsschützender Maßnahmen – Drucksache 16/8297

gilt das gesprochene Wort.

Nicole Razavi MdL:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

In den vergangenen Monaten haben wir alles getan, um die Folgen der Coronapandemie abzufedern und dem Virus Paroli zu bieten. Wir konnten damit Tausende vor Infektionen schützen. Wenn wir in andere Länder schauen, stellen wir fest, dass dieser Weg nicht ganz falsch gewesen sein kann. Ich denke, die Zahlen geben uns recht.

Wir wollen auch weiterhin verantwortlich mit der Situation umgehen. Das heißt: So viel Freiheit wie möglich und so viel Beschränkung wie nötig. Die Menschen in Baden-Württemberg haben eine Solidarität gezeigt, die wirklich beispielhaft ist. Dafür danken wir den Menschen in Baden-Württemberg ganz herzlich. Danken möchte ich aber auch der Landesregierung und vor allem den Tausenden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die

in dieser Zeit unter Hochdruck und oft bis an die Belastungsgrenze arbeiten. Dafür ein ganz herzliches Dankeschön.

Bislang war die Bekämpfung der Pandemie eine Stunde der Exekutive. Die Voraussetzungen dafür, schnell, zielgenau und dynamisch auf die Lage zu reagieren, haben wir am 19. März hier im Haus geschaffen. Allerdings sind wir hier in großer Mehrheit nun der Meinung, dass das Parlament künftig besser eingebunden und auch beteiligt werden muss. Wir müssen über Gebote und Verbote, über Beschränkungen und Lockerungen zukünftig hier im Parlament oder im Ausschuss beraten, und zwar bevor sie in Kraft treten. Wir brauchen eine stärkere Balance: auf der einen Seite die Handlungsfähigkeit der Regierung und auf der anderen Seite die demokratische Legitimierung der Verordnungen hier im Parlament. Dafür schaffen wir heute den rechtlichen Rahmen.

Meiner Fraktion und mir selbst war es sehr wichtig, dass wir das in großer Mehrheit beschließen. Deswegen habe ich auch dafür geworben, dass wir in den Punkten, die uns – Regierungsfaktionen auf der einen Seite und Oppositionsfaktionen auf der anderen Seite – noch getrennt haben, zusammenfinden. Ich freue mich, dass uns das mit dem vorliegenden Änderungsantrag auch gelungen ist.

Was ändert sich gegenüber dem zur Ersten Beratung vorgelegten Entwurf? Zum einen soll die Zustimmung zu einer Rechtsverordnung nun regelmäßig innerhalb von zwei statt innerhalb von drei Monaten erfolgen, und zum Zweiten müssen die Rechtsverordnungen dem Parlament spätestens nach 24 Stunden vorgelegt werden. Für eine Regelung zu den öffentlichen Ausschusssitzungen hätten wir die Bitte, dass wir diese über die Geschäftsordnung und nicht über ein Gesetz treffen. Das können wir dann nach der Sommerpause tun.

Wir sorgen dafür, dass die Landesregierung handlungsfähig bleibt, aber auch das Parlament dabei eine gewichtige Rolle dabei spielt. Ich denke, wir werden damit unserer Verantwortung als Parlament gerecht. Ich bedanke mich herzlich für die gute Zusammenarbeit und die Einigkeit in dieser Frage.

Vielen Dank.